

sind E-Scooter eine Alternative zum Auto oder ein Ärgernis? Diese Frage beschäftigt nun auch die Bezirkspolitik. Für die nächste Sitzung der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf am 1. September liegt ein Antrag dazu vor. Er stammt ursprünglich von der Grünen-Fraktion, aber auch die SPD und CDU sind ihm schon in den Ausschussberatungen beigetreten. Das Bezirksamt soll prüfen, wie es verhindern kann, dass falsch abgestellte Leih-E-Roller und Leihfahrräder die Fußgänger:innen auf Gehwegen behindern.

Zu den Ideen der Antragsteller gehören „eigene Abstellflächen für Sharingdienste am Fahrbahnrand“. Außerdem könnten störende Fahrzeuge umgesetzt und die Kosten den Verleihfirmen in Rechnung gestellt werden, heißt es.

Bereits am 1. September tritt eine neue Sondernutzungsverordnung der Senatsverkehrsverwaltung in Kraft. Elektrische Scooter, Roller und Pedelecs dürfen dann nicht mehr vor Eingängen von Häusern und Bahnhöfen, in Haltestellenbereichen von Bussen und Straßenbahnen oder an Querungshilfen für Fußgänger abgestellt werden. Mit einem Abo unseres Digitalangebots Tagesspiegel Plus können Sie hier mehr dazu lesen.

Die BVV-Fraktionen erläutern ihre Meinungen zu den E-Scootern im „Thema des Monats“ auf der Webseite des Bezirks.

Die Grünen finden, E-Scooter und Roller könnten „individuelle Routen ermöglichen, die nicht durch Buslinien abgedeckt werden“ und „stellen so eine gute Ergänzung des ÖPNV dar“. Der „Verbrauch an öffentlichem Raum und Energie“ sei deutlich geringer als der eines Privatautos, schreibt die Verordnete **Corinna Balkow**. Zur Lösung der Probleme mit falsch abgestellten E-Fahrzeugen zitiert sie den schon erwähnten Antrag ihrer Fraktion.

Auch SPD-Fraktionschef Alexander Sempf sieht in den Scootern und Rollern „eine sinnvolle Ergänzung für den Umweltverbund“. Bisher vermisst er jedoch „konkrete Regelungen, um zum Beispiel das wilde Abstellen zu verhindern“. Stelle der Bezirk den Verleihern und den Nutzern spezielle Parkflächen zur Verfügung, sollte „im Gegenzug“ über die Ausweitung des Angebots auf Gebiete außerhalb des S-Bahn-Rings verhandelt werden.

Als „Landplage“ hatte die CDU die elektrischen Leihfahrzeuge schon vor einiger Zeit kritisiert. Jetzt legt der Vize-Fraktionsvorsitzende **Karsten Sell** nach. „Ganz drastisch“ sollten falsch abgestellte E-Scooter „dauerhaft eingezogen und gebührenpflichtig entsorgt werden“. Sell fordert außerdem eine Straßenbenutzungsgebühr, hohe Bußgelder für die Verleiher „bei fortgesetzten Verstößen durch Nutzer“ und separate Parkzonen. „Nicht die E-Scooter sind das Problem, sondern deren Nutzer und leider auch die Betreiber.“ Die Fahrzeuge hätten sich „vielerorts zu einem reinen Spaßmobil entwickelt“ und „ersetzen oft nicht das Auto, sondern eher das Rad“.

Aus Sicht der FDP-Fraktion macht die „dezentrale und individuelle Mobilität“ die Scooter und Roller attraktiv. Auf den meisten Gehwegen gebe es „ein paar Ecken“, wo sie stehen könnten, ohne jemanden zu stören, glaubt der stellvertretende Fraktionschef **Tobias Bergmann**. „Die Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Roller tatsächlich dort abgestellt werden.“ Bergmann hält „zwingende Bilder des Abstellorts“ für denkbar, wie sie der Anbieter „Bolt“ bereits von seiner Kundschaft verlangt.

Kaum Sympathie bringt die Linksfraktion den Fahrzeugen entgegen. Die Co-Vorsitzende **Frederike-Sophie Gronde-Brunner** sieht in den „von vermeintlich grünen Tech-Konzernen über Nacht massenweise in Großstädten ausgekippten E-Scootern keine ökologische Alternative“ zum Auto. Untersuchungen hätten gezeigt, dass sie in Städten vor allem Bus-, Bahn- und Fahrradfahrten ersetzen. Die Herstellung und Entsorgung der Akkus sei „extrem umweltschädlich“.

Um Scooter und Roller zu verteilen oder einzusammeln, würden „schlecht bezahlte Subunternehmer:innen mit miesen Arbeitsbedingungen in alten Dieselfahrzeugen“ eingesetzt, kritisiert Gronde-Brunner. Das überarbeitete Straßengesetz ermögliche den Bezirken nun unter anderem, „feste Abstellflächen auf bisherigen Kfz-Stellflächen“ auszuweisen. Dies müsse „schnell umgesetzt werden“.

Währenddessen funktioniert die schnelle Wachstumsstrategie einiger Sharing-Anbieter nicht mehr überall. Das Berliner Unternehmen „Tier“ kündigte soeben an, 180 Mitarbeitende zu entlassen (mehr dazu steht auf T+).